Protokoll

Leipzig, den 6. 12. 1989 8.30 Uhr Beginn

Aufarbeitung zum Forderungskatalog:

Die Beurlaubung des gestern benannten Mitarbeiterkreises ist sofort durchzuführen. Über zur Aufrechterhaltung der Arbeit dringend benötigte Räumlichkeiten ist eine Sofortbesichtigung mit dem Militärstaatsanwalt zu ermöglichen. Soll Anzeige gegen Herrn Hummitzsch gestellt werden, in Hinblick auf den Verdacht der Verdunklung und Verschleierung?
Es bestehen immer noch Möglichkeiten der Aktenvernichtung. Eine Auflistung aller Staatssicherheitsobjkete mit Telefonnummern ist immer noch nicht erfolgt.

9.10 Uhr Eröffnung durch Herrn Kleinert.

Militärstaatsanwalt Köcher: "Ich fordere ein Dementie vom Sender Leipzig. Es handelt sich nicht um Urkundenfälschung sondern um Urkundenvernichtung. Meine Arbeit ist es, die Untersuchung von Anzeigen einzuleiten, ob Urkundenvernichtungen vorliegen, ob anderweitig strafrechtliche Verfehlungen vorliegen. Ich fordere ein Aufsuchen der Ereignisorte der Urkundenvernichtung mit Teilnehmern des Kommitees und eine Sicherung der noch vorhandenen Unterlagen bis zu einer Entscheidung über deren Priorität oder Beweiskraft."

GL H.: "Z. Z. wird im Ministerrat über die weiteren Abläufe entschieden."

Rechtsanwalt Knupp: "In erster Linie sind wir hier, um Beweise sicher zu stellen. Wir stellen fest, daß unsere Möglichkeiten hierzu jedoch nicht ausreichend sind. Unser Ziel kann es nicht sein, eine Kontrollfunktion zu übernehmen. Eine Bildung dieser Kontrollorganisation zusammengesetzt durch Fachleute, Finanzkräfte und Vertretern des Bürgerkommitees wird unsere Struktur dann ablösen."

Falk Hockuell: "Es sollten Etagen versiegelt werden."

GL H.: "Die geforderten Tätigkeiten zur Beurlaubung laufen schon. Eine Petschierung gesamter Etagen müßte definitiv geklärt werden."

Anmerkung:

Insgesamt sind 17 Objekte des Amtes mit Posten zu sichern. Es muß Sicherheit gegeben sein, damit nichts verbracht werden kann. Im Objekt Leutzsch gibt es Komplikationen.

Herr Kleinert: "Ist bei einer Beurlaubung der Mitarbeiter die nationale Sicherheit des Landes nicht ausreichend durch die NVA und MdI gesichert."

Falk Hocquell: "Es ist darüber zu entscheiden, ob nicht eine Beurlaubung des gesamten Objektes möglich ist."

Herr Kärner: "17 Objekte sind gesichtet worden, haben wir jedoch Kenntnis darüber welche Objekte noch Objekte der Staatssicherheit sind z. B. Förderungsanlagenbau etc. Ich fordere vom Staatsanwalt herauszustellen, welche Objekte noch konkret zu schützen sind. Wir haben keinen Gesamtüberblick über alle Außenobjekte. Hiert trägt der Militärstaatsanwalt die Verantwortung."

Herr Rosentreter: "Hier liegt eine neue Situation vor, das ist nicht konstruktiv. ~~xxxxxxxxxxxxxx~~"

Falk Hocquell: "Die Verschärfung der Situation hat sich aus den klaren Forderungen der Bevölkerung ergeben, daß mit Sicherheit keine Aktenvernichtungen mehr stattfinden dürfen."

GL Hummitzsch: "Die geforderte farbliche Kennzeichnung über die Geheimhaltungsstufen der einzelnen Räumlichkeiten liegt vor."

- 10.10 Uhr die staatlichen Vertreter ziehen sich zurück, Vertagung auf 11.00 Uhr
- Das BK stellt unterdessen fest, es sind noch nicht alle Objekte ausreichend gesichert, welche Räume im BA sind immer noch nicht isoliert, der Personalstand ist dringend zu reduzieren, da ein Überblick über die weitere Vernichtung von Akten oder deren Verbringung nicht immer gewährleistet ist. Wir fordern auch Begehung der Räumlichkeiten, die auch angeblich der Nationalen Sicherheit unterliegen.
- Militärstaatsanwalt und Bezirksstaatsanwalt müssen jetzt unbedingt aktiv werden. Über ihre Zuständigkeiten haben sie sich selbst zu verständigen, da wir nicht einschätzen können, ob Objekte im Bezirk Leipzig zivilen oder militärischen Charakter besitzen.

- Es muß geklärt werden, wer welche Petschaften besitzt und daß diese nicht mißbraucht werden. Daraufhin wird festgelegt, daß zuerst der Staatsanwalt petschiert, dann die Bürgerkommission schräg daneben, damit die Nummer der Petschaft des Staatsanwaltes weiterhin sichtbar ist

- es werden Ausweise für die Mitglieder des Bürgerkommitees verlangt, zur Betretung des Objektes